

Freiheit, Kompromisse und Geldnot prägen KIT-Gesetz

Grün-Rot übernimmt Tarifpläne der CDU-Regierung

Von unseren Redaktionsmitgliedern
Elvira Weisenburger und Wolfgang Voigt

Karlsruhe/Stuttgart. Die letzten zarten Hoffnungen auf eine üppigere Besoldung haben sich für die Beschäftigten des Karlsruher Institut für Technologie (KIT) zerschlagen: Für die riesige Forschungsstätte samt Elite-Universität wird künftig der Tarifvertrag der Länder (TVL) gelten – und nicht der etwas großzügigere Tarifvertrag des öffentlichen Dienstes (TVöD). So sieht es der Entwurf für die Fortschreibung des KIT-Gesetzes vor, den Ministerpräsident Winfried Kretschmann und Wissenschaftsministerin Theresia Bauer (Grüne) gestern in Stuttgart vorstellten.

Streit um Personalvertreter im Aufsichtsrat diplomatisch gelöst

Der TVöD als Besoldungs-Grundlage sei nicht in Betracht gekommen, da er für das Land deutlich teurer geworden wäre als der TVL, sagte Theresia Bauer. „Das ist immer schwer zu rechnen, aber die Differenz geht in Richtung eines mittleren zweistelligen Millionenbetrags“, erklärte die Ministerin. Im April hatte das Wissenschaftsministerium auf Nachfrage des Karlsruher Landtagsabgeordneten Johannes Stober (SPD) wissen lassen, die zusätzlichen Kosten bei Einführung des TVöD beliefen sich auf 2,7 Millionen Euro jährlich.

Das neue grün-rote Kabinett setzt mit der Tarif-Entscheidung die Pläne ihrer abgewählten Vorgänger um. Kurz nach dem Wahlsieg hatte der Karlsruher SPD-Landtagsabgeordnete Johannes Stober im Einvernehmen mit den Grünen angekündigt, die KIT-Vereinbarung zwischen Bund und Land werde grundsätzlich „nochmals aufgerollt“ – wobei er schon damals einräumte, dass auch Grün-Rot „Jeden Euro nur einmal ausgeben kann“. Angesichts der finanziellen Großwetterlage rea-

gierte auch KIT-Personalratsvorsitzender Wolfgang Eppler gestern „eher positiv“ auf die Kabinettsentscheidung. „Dass der TVöD utopisch ist, weil das Geld fehlt, hat sich schon in den vergangenen Monaten abgezeichnet“, räumte er im BNN-Gespräch ein. Die Mitarbeitervertretung sei immerhin „froh“, dass mit dem TVL ein Flächentarifvertrag festgeschrieben wird – und kein KIT-Haustarifvertrag, der andere Härten bedeutet hätte.

Zum Hintergrund: Am KIT, das durch die Fusion von Uni und Forschungszentrum entstand, gelten derzeit noch zwei Tarifsysteme:

Nach TVöD werden die alten Mitarbeiter des Ex-Forschungszentrums bezahlt, deren Arbeit zu 90 Prozent der Bund finanziert; der TVL gilt an der Landesuniversität. Altverträge haben allerdings Bestandsschutz.

Ministerin Bauer sprach von einem Meilenstein, den die Regierung mit dem Gesetzesentwurf geschaffen habe. So habe das KIT fortan die Möglichkeit, „sich möglichst frei zu entfalten“ – die Forschungsuniversität wird ab 2013 Dienstherrin der rund 9 000 Beschäftigten und kann selbstständig seine Professoren berufen.

Einen Kompromiss fand Grün-Rot im Streit um die Mitbestimmung im KIT-Aufsichtsrat. Der Personalrat hatte ursprünglich ein Drittel der Aufsichtsratssitze gefordert, die alte CDU/FDP-Regierung hatte jegliche Mitarbeitervertretung abgelehnt, und auch Grünen-Ministerin Bauer hatte diese Position zunächst vertreten – und damit Empörung geerntet. Die diplomatische Lösung lautet nun: Die Personalvertretung darf einen Aufsichtsrat zur Wahl vorschlagen. Den wissenschaftlichen Mittelbau vertritt künftig ein „Konvent“, und die Wahl des Vizepräsidenten für Lehre und akademische Angelegenheiten muss in Zukunft auch



ARBEITGEBER VON 9 000 MENSCHEN ist das Karlsruher Institut für Technologie (KIT). Auf lange Sicht soll für alle Mitarbeiter der Tarifvertrag der Länder gelten – mehr ist finanziell nicht drin. Foto: jodo

durch die Mehrheit der studentischen Mitglieder im KIT-Senat bestätigt werden. Dieses Element der Mitbestimmung seien „im engen Austausch mit dem Personalrat und den Studierenden“ entstanden, betonte Ministerin Bauer. „Exakt null“ ihrer Forderungen sieht jedoch die Studentenvertretung verwirklicht.

Von der versprochenen Stärkung der inneren Demokratie sei „nicht viel zu sehen“, monierte

der Usta. KIT-Personalratschef Eppler sprach mit Blick auf das mittelbare Aufsichtsratsmitglied von einem „guten Kompromiss“. Als „absolut negativ“ kritisierte er jedoch eine andere Neuerung: In Streitfällen zwischen Personalrat und KIT-Vorstand vermittele künftig nicht mehr der Hauptpersonalrat des Landes. „Wir fürchten dass sich der KIT-Vorstand in manchen Fragen einfach durchsetzt“, so Eppler.